



Ausgabe Nr. 108 · Februar 2013

RESOLUTION der Fraktionen von CDU, SPD, Freien Wählern und FDP im Stuttgarter Gemeinderat

Die Mehrheit des Stuttgarter Gemeinderats appelliert an den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG: Grünes Licht für die Fortführung von Stuttgart 21 geben! Die Fraktionen von CDU, SPD, Freien Wählern und FDP haben die unzulänglichen Kostenschätzungen der Vergangenheit und die eventuellen Mehrkosten mit einer gewissen Irritation zur Kenntnis genommen. Trotzdem stehen sie nach wie vor zu dem Projekt Stuttgart 21.

S21 bedeutet nach Auffassung der Mehrheit im Stuttgarter Gemeinderat nicht nur den dringend notwendigen Ausbau des Eisenbahnknotens Stuttgart und verbesserte Fernverbindungen, sondern eine erhebliche Verbesserung im Regionalverkehr. Mit S21 wird die topographiebedingte Nordlastigkeit des Verkehrsknotens Stuttgart beendet und der Raum südlich von Stuttgart effizient an die Stadt, den Filderraum und den Flughafen angebunden. Vor allem aber bedeutet S21, dass inmitten der Stadt auf dem jetzigen Gleisfeld 100 Hektar Fläche frei werden, die Platz für Arbeiten und vor allem Wohnraum für 24.000 Menschen schaffen. Außerdem bietet S21 eine einmalige städtebauliche Chance für unsere Stadt, die bisherige Durchtrennung der Innenstadt durch die Gleise zu überwinden und in ökologischer, energetischer und sozialer Hinsicht Beispielhaftes zu realisieren.

Es gibt für die Fraktionen von CDU, SPD, Freien Wählern und FDP trotz neuer Zahlen, was die Kosten anbelangt, keinen sachlichen Grund, das Projekt weiter zu verzögern oder gar zu verhindern. Beim Kostenvergleich mit einer Alternative müssten die Ausstiegskosten ja mitberücksichtigt werden. Deshalb fordern CDU, SPD, Freie Wähler und FDP im Stuttgarter Gemeinderat gemeinsam die Deutsche Bahn AG auf, am einvernehmlich festgelegten Ziel und Zeitplan festzuhalten. CDU, SPD, Freie Wähler und FDP im Stuttgarter Gemeinderat fordern die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG auf, im Sinne des am 2. April 2009 geschlossenen Finanzierungsvertrages sowie der am 9. Dezember 2009 nochmal aktualisierten Vertragsmodalitäten das Projekt Stuttgart 21 planmäßig umzusetzen und zeitgleich damit, wie vertraglich vereinbart, die Neubaustrecke Stuttgart – Ulm zu realisieren.

KURZ INFORMIERT

„Vergessen Sie nicht zu leben“

Volles Haus beim CDU-Neujahrsempfang

Unter dem Titel „2013: Wie krisenfest ist unser Musterländle“ stimmte Sparkassenpräsident Peter Schneider MdL die rund 600 geladenen Gäste auf dem CDU-Neujahrsempfang im Stuttgarter Rathaus auf das Jahr 2013 ein.



Fraktionsvorsitzender Alexander Kotz, Sparkassenpräsident Peter Schneider MdL, Kreisvorsitzender Stefan Kaufmann MdB

Erfolgreich hat die Sparkassen und Kreditgenossenschaften im Land nicht zuletzt die Befolgung von Leitsätzen gemacht, wie der, dass Gemeinwohlverpflichtung vor Gewinnstreben kommt. „Die Kunden haben uns zum Marktführer gemacht.“ Wichtig sei, für das, was hierzulande erfolgreich praktiziert wird, auch bei gegenläufigen Tendenzen seitens Europa zu werben. Sicher sei, dass die allgemeine Krise andauern wird. Und wenn er einen Rat geben sollte, wie man sich als Ottonormalverbraucher am besten verhalte, so den, bei Finanzgeschäften nur solche Dinge zu machen, die man selbst versteht. Trotz Krise empfiehlt er: „Vergessen Sie nicht zu leben“.

Der Sparkassenpräsident bedankte sich bei der CDU-Fraktion und bei Fraktionsvorsitzendem Alexander Kotz für die harten Verhandlungen bei der Wandlung der stillen Einlagen der Stadt bei der LBBW Ende vergangenen Jahres. Zweifellos, so sieht es auch Alexander Kotz, sei es positiv, dass durch entsprechendes Drängen die Rechte des Gemeinderats deutlich gestärkt werden konnten. CDU-Kreisvorsitzender Dr. Stefan Kaufmann MdB sagte, der bestehende wirtschaftliche Wohlstand sei das Ergebnis der hart dafür arbeitenden Menschen und auch das der politisch Verantwortlichen, die die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt haben. Der neue Oberbürgermeister Fritz Kuhn kam ebenfalls zu Wort. Er sei sich bewusst, das Erbe einer gut bereiteten Stadt anzutreten. Er betonte, gut mit der CDU-Fraktion zusammenarbeiten zu wollen.



Grundschulkind-Betreuung

CDU-Fraktion bleibt trotz Ablehnung bei Forderung nach Wahlfreiheit

Stuttgart hat sich auf den Weg gemacht, überall dort gebundene Ganztagesgrundschulen anzubieten, wo Schulleitung, Lehrer und Eltern sich gemeinsam dafür entscheiden. „Wir unterstützen weiterhin dieses Ziel, ist doch die gebundene Ganztagesgrundschule für viele Familien ein dringend benötigtes Angebot“, sagt Fraktionsvorsitzender Alexander Kotz. Die CDU-Fraktion habe aber immer auch eine echte Wahlfreiheit für die Eltern in Bezug auf den Betreuungsumfang an Grundschulen gefordert. Darunter seien alternative Betreuungsangebote außerhalb der gebundenen Ganztagesgrundschule zu verstehen. Einer faktischen Wegnahme der Wahlfreiheit – dadurch dass es bei Halbtagesgrundschulen oder teilgebundenen Ganztagesgrundschulen trotz Bedarfs keine Angebote für flexible Nachmittagsbetreuung mehr gibt – setzt sich die CDU entgegen.

Die CDU-Fraktion hatte deshalb beantragt, dass bei der Entscheidung darüber, ob eine Grundschule gebundene Ganztagesgrundschulen werden soll oder nicht, nicht nur der Anreiz der Landesregierung in Form von mehr finanziellen Mitteln und Stellen in die Waagschale fällt, vielmehr sollte gerade die Meinung der Eltern hier eine entscheidende Rolle spielen. Alexander Kotz: „An Standorten, an denen weiterhin Halbtagesgrundschulen oder teilgebundene Ganztagesgrundschulen bestehen, müssen aus unserer Sicht ergänzende Angebote wie Kernzeitbetreuung, Schülerhaus oder Horte dauerhaft angeboten werden. Diese Angebote müssen die spezifischen Anforderungen der Eltern beim Betreuungsumfang so weit wie möglich berücksichtigen.“

Angebote für ein Mittagessen der Kinder sind zeitlich parallel zum Ausbau der Essenangebote an gebundenen Ganztagesgrundschulen auszuweiten.

Leider hat die im Antrag formulierte Position der CDU-Fraktion keine mehrheitliche Zustimmung im Gemeinderat gefunden. Grüne, SPD und SÖS/Linke lehnten ab – auch vom Oberbürgermeister wurde sie nicht unterstützt. Wahlfreiheit statt Zwangsbeglückung ist die Devise der CDU.

Hin zum kulturpädagogischen Dienst

Die CDU-Fraktion begrüßt die Beschlussvorlage „Kulturentwicklung“. Darin wird auf die Arbeit des Museumspädagogischen Dienstes (mupädi) hingewiesen, der Jugendliche mit Kunst und Kultur in Werkstätten und Museen in Berührung bringt. Stv. Fraktionsvorsitzender Jürgen Sauer drückt aus, dass die CDU-Fraktion diese wertvolle Arbeit stärken wolle, weshalb sie eine Gemeinderatsvorlage beantrage, in der im Hinblick auf die kommenden Haushaltsberatungen die inhaltlich-organisatorische Weiterentwicklung und der Raum- und Stellenbedarf der Einrichtung dargestellt werden.

Neue Anträge der CDU-Fraktion

- **Stellungnahme des Oberbürgermeisters zu Dossier des Bundesverkehrsministeriums**
05.02.2013 Nr. 65/2013
- **Maroder Schulhof bei Wilhelmschule Untertürkheim**
01.02.2013 Nr. 59/2013
- **Das ist die Höhe!**
01.02.13 Nr. 58/2013
- **Profil zeigen bei den Anstrengungen der Energiewende – europäische Wettbewerbe**
01.02.2013 Nr. 57/2013
- **Betreuungsangebote für Grundschulkind – Wahlfreiheit bedeutet auch alternative Angebote**
31.01.2013 Nr. 51/2013
- **Anne-Frank-Realschule – Wo bleibt die Toiletten-sanierung?**
25.01.13 Nr. 42/2013
- **Vom „mupädi“ zum kulturpädagogischen Dienst**
25.01.13 Nr. 41/2013
- **Barrierefreies Bezirksrathaus im Stadtbezirk Wangen**
15.01.13 Nr. 17/2013
- **Touristische Aufwertung Stadtbezirk Untertürkheim**
15.01.13 Nr. 20/2013
- **Entscheidung gefallen: Ebelu wird Musikgymnasium**
11.01.13 Nr. 11/2013
- **Dezentrale Kolumbarien bzw. Urnenwiesen und –nischen auf den Stadtteilstriedhöfen. Ein Wunsch aus der Bevölkerung**
Mit SPD-Fraktion
11.01.13 Nr. 12/2013
- **Segways auch für Stuttgarter Gemeindevollzugsdienst**
07.01.13 Nr. 5/2013
- **Aufsichtsrat der LBBW: Ab 2013 wieder mit Stadträtinnen und Stadträten besetzen**
mit Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD
21.12.12 Nr. 447/2012
- **Perioperative Strahlentherapie**
20.12.12 Nr. 443/2012
- **Wie geht es weiter mit der Interims-Kita in Stuttgart-Uhlbach in der Tollinger Straße**
20.12.12 Nr. 444/2012
- **Aussetzung des Aufnahmestopps der Horte – Zusätzliche Betreuungsplätze ermöglichen**
19.12.12 Nr. 441/2012
- **Bauskandal in Zazenhausen – wie kann die Stadt im Vollzug der gefundenen Kompromisse helfen?**
14.12.12 Nr. 434/2012
- **Energiewende in Stuttgart – aber bitte koordiniert und dadurch erfolgreich!**
14.12.12 Nr. 435/2012
- **Antrag des Jugendrats: „ Pfand ist Mehrwert“**
10.12.12 Nr. 430/2012